

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken

CO₂ ist das wohl bekannteste und meist ausgestoßene Treibhausgas. Im globalen Vergleich steht Deutschland an sechster Stelle, in Europa auf Platz zwei (759 Millionen Tonnen); beim Pro-Kopf-Ausstoß auf Platz 31.

Sektoral betrachtet haben laut Umweltbundesamt die Energiewirtschaft (38,6 Prozent), das Gewerbe und die Industrie (22,7 Prozent) und der Verkehr (20,8 Prozent) den größten Anteil an deutschen CO₂-Emissionen. Private Haushalte haben einen Anteil von 17,1 Prozent am deutschen CO₂-Ausstoß. Werden jedoch anteilmäßig die nicht für den Selbstzweck verantwortlichen CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft und des Verkehrs auf die privaten Haushalte umverteilt, haben die privaten Haushalte den sektoral größten Anteil an CO₂-Ausstoßen (circa 43,0 Prozent).

Auch die Digitalisierung hat einen zunehmend größeren Einfluss auf den CO₂-Ausstoß. 2018 wurden vier Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes durch die Digitalbranche verursacht. Es wird angenommen, dass sich der Ausstoß bei einem gleichbleibenden Wachstum bis zum Jahr 2025 verdoppelt. Die Folge wäre ein höherer Ausstoß als durch den globalen Kfz-Verkehr. Bereits heute hat die Digitalbranche einen doppelt so hohen CO₂-Ausstoß wie der gesamte globale Flugverkehr. Allein durch Video-Streaming wurden im Jahr 2018 306 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen.

So wichtig die fortschreitende Digitalisierung für die Weiterentwicklung von Arbeitswelt, Wirtschaft, Mobilität, Gesellschaft und vieles mehr auch ist, müssen auch ihre umweltpolitischen Folgen berücksichtigt werden. Aus diesem Grund hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze im März 2020 eine umweltpolitische Digitalagenda vorgestellt, die 70 konkrete Maßnahmen umfasst. Unter anderem setzt sich Schulze auch für eine statistische Erfassung der Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren ein. Das Land Bremen betreibt insgesamt sechs Rechenzentren in Eigenverantwortung. Verbindliche Vorgaben für deren ökologisch nachhaltige Nutzung könnten eine Vorreiterrolle für privat betriebene Rechenzentren einnehmen. Darüber hinaus sind – auch in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Bund – weitere Maßnahmen zu prüfen, um die Digitalisierung sinnvoll mit dem Klima- und Umweltschutz zu verknüpfen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Potenziale sieht der Senat in der umweltpolitischen Digitalagenda des Bundes vor Ort in Bremen und Bremerhaven, um die Digitalisierung und den Umwelt- und Klimaschutz miteinander zu verbinden und wie sollen diese realisiert werden?
2. Gibt es einen Austausch mit anderen Bundesländern oder dem Bund, wie die Digitalisierung sinnvoll mit dem Klima- und Umweltschutz verknüpft werden kann?

3. Welche Rechenzentren gibt es im Land Bremen (aufgeschlüsselt nach privaten und öffentlichen Rechenzentren)?
4. Wie hoch ist der Energieverbrauch der Bremer und Bremerhavener Rechenzentren? Wie hat sich der Energiebedarf in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, und mit welcher Entwicklung ist in den nächsten Jahren zu rechnen?
5. Wird bereits regenerativer Strom für diese Rechenzentren genutzt? Wenn nicht, welche Planungen gibt es, um dies in Zukunft zu realisieren?
6. Werden moderne Technologien genutzt, um die entstehende Abwärme zu nutzen? Wenn nicht, welche Maßnahmen sind in diesem Bereich geplant oder in Planung?

Arno Gottschalk, Martin Günthner,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD